

## Dezentralisierte Kollaborationsplattformen – Alternativen zu globalen Online-Monopolen

Digitale Plattformen wie Amazon, Google, Facebook, Apple und Microsoft sind die Infrastrukturen des 21. Jahrhunderts, die Handel, Informationsbeschaffung und Vernetzung im globalen Maßstab maßgeblich bestimmen. Ihre Marktmacht ist umfassend und zudem handelt es sich um Unternehmen, die außerhalb der EU angesiedelt sind und damit nur sehr begrenzt auf europäischer oder österreichischer Ebene reguliert werden können. Durch die Erbringung ihrer Dienstleistungen erhalten globale Online-Plattformen zugleich wertvolle Daten, die für die Weiterentwicklung von algorithmischen Entscheidungssystemen (siehe Thema [Transparente Algorithmen](#)) und Künstlicher Intelligenz (KI) (siehe Thema [KI-Risiken](#)) von zentraler Bedeutung sind und auch ökonomisch verwertet werden. Die umfassenden Datenbestände, die durch die Nutzung der digitalen Plattformen entstehen, sind eine extrem wertvolle Ressource für die Entwicklung von Märkten und theoretisch auch für die Politik (z. B. zur Identifizierung der Steuerung von umweltrelevanten Entscheidungen). Doch diese Datenbestände stehen weder den BürgerInnen, noch öffentlichen Einrichtungen oder Unternehmen in Europa und Österreich zur Verfügung. Es gibt bereits zunehmend Bedenken gegen die Monopolstellung und es werden verschiedene Maßnahmen diskutiert und umgesetzt, insbesondere im Kartellrecht oder auch über hohe Strafzahlungen bei Verstößen der Unternehmen.<sup>1</sup> Diese bisherigen Versuche, die Marktmacht zu begrenzen, können die monopolistischen Tendenzen nicht grundsätzlich in Frage stellen.

Die führenden Plattformen verfügen über ein so hohes Maß an Nutzerdaten und Kapitalreserven, dass sie ihre Geschäftsbereiche jederzeit ausweiten können und jedes Start-Up, das ihnen entweder gefährlich werden könnte oder aber für ihr eigenes Produktpotential vielversprechend erscheint, integrieren können. Unternehmen im Bereich Mobilität (Uber) und Beherbergung (Airbnb) zeigen, dass sich auch vormals als regional begriffene Dienstleistungen über globale Plattformen steuern lassen. Wenn der globale Trend auf eine immer umfassendere Plattform-Ökonomie hinausläuft, wird die staatliche Steuerungsfähigkeit der Zukunft davon bestimmt sein, ob die Infrastrukturen durch staatliche Handlungsfähigkeit und demokratische Kontrolle gestaltbar sind (siehe Thema [Digitale Souveränität](#)). Diese Frage wird immer relevanter, da z. B. Amazon und Facebook Algorithmen und KI einsetzen, die das Verhalten der NutzerInnen stark steuern können. Diese Verhaltenssteuerung ist weder transparent, noch erfolgt sie in Einklang mit gesellschaftlichen und politischen Zielen in Demokratien.

---

<sup>1</sup> Siehe z. B. das neueste Urteil in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten zwischen der EU-Kommission und dem amerikanischen Konzern, das die Klage von Google gegen eine Milliardenstrafe abgewiesen hat: [eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62018TJ0604](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62018TJ0604).

Was bisher fehlt, sind Technologien, die darauf ausgerichtet sind, die wesentlichen Funktionen der Ökonomie und des Alltagslebens im 21. Jahrhundert – Handel (siehe Thema „Blockchain“), Informationsbeschaffung, Medienzugang – in einer kollaborativen und verteilten Infrastruktur zu organisieren. Globale Netzwerke und Plattformen bestimmen die Zukunft und damit stellt sich die Frage, wie sie im Sinne aller organisiert und transparent gemacht werden können, sowie regionale Unternehmen und Start-Ups unterstützen können. Kollaborative Plattformen im großen Maßstab müssten in der Lage sein, die gleiche Funktionalität der bisherigen Internet-Giganten zu bieten und dabei ein „Ökosystem „von verteilten, interoperablen und kollaborativen Plattformen bilden. Wie ein solches kollaboratives Ökosystem von Dienstleistungsplattformen aussehen kann, welche Technologien dafür bereits zur Verfügung stehen, welche Ansprüche von Politik, Industrie, BürgerInnen, KMUs, Banken und anderen Akteuren dabei berücksichtigt werden müssten und wo noch Forschungsbedarf besteht, ist aktuell noch völlig offen. Die Optionen für solche kollaborativen Plattformen zu untersuchen, würde es ermöglichen, entsprechende Aktivitäten auf europäischer und internationaler Ebene zu initiieren.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Erste staatliche Überlegungen in Richtung einer europäischen offenen Kollaborationsplattform bzw. „Europa-Cloud“ finden sich gegenwärtig in Deutschland, wo mit der Gründung der Agentur für Sprunginnovationen offene Standards und gemeinsame, europäische Forschungsinfrastrukturen als Alternativen zu turbo-kapitalistischen Plattformen beworben werden, siehe [sprind.org/de/laufende-projekte/sovereign-cloud-stack/](http://sprind.org/de/laufende-projekte/sovereign-cloud-stack/).